

Interpellation Nr. 43 (Mai 2012)

betreffend Flagge zeigen für 120 Arbeitsplätze

12.5131.01

Den Medien konnte entnommen werden, dass ein bedeutendes Schifffahrtsunternehmen mit 120 Arbeitsplätzen aus Basel wegziehen will. Grund für dieses Vorhaben ist die Entscheidung der Stadtbasler Behörden, dem Unternehmen nicht zu gestatten, am Firmensitz eine Flagge mit dem Firmensignet aufzuhängen. Das Aushängen der Flagge gehört aber zur Geschichte des Unternehmens und hat in der Schifffahrt einen hohen Symbolwert. Die Verweigerung der Bewilligung wird als Zeichen gewertet, in Basel nicht erwünscht oder zumindest nicht geschätzt zu sein.

Eine heutige Rückfrage des Interpellanten beim CEO des Unternehmens ergab, dass der Wegzugsentscheid noch nicht definitiv gefallen ist. Wörtlich sagte der CEO: "Wenn wir mit den Behörden zu einer befriedigenden Lösung kommen, werde ich am Basler Standort im 5. Stock zusätzliche Flächen dazumieten und in Basel-Stadt bleiben."

Der Interpellant ist der festen Überzeugung, dass es sich Basel-Stadt trotz aktuell guter Finanzlage nicht leisten kann, ein renommiertes Unternehmen und mehr als hundert Arbeitsplätze zu verlieren. Es stellen sich deshalb folgende Fragen:

1. Wie sieht der Regierungsrat die Verhältnismässigkeit zwischen dem Handeln der Verwaltung und den zu befürchtenden Folgen?
2. Ist der Regierungsrat bereit, auf das Unternehmen zuzugehen, um die Abwanderung des Unternehmens doch noch zu verhindern?
3. Gibt es eine Möglichkeit (Ausnahmegenehmigung o. ä.), um dem Unternehmen das Aushängen einer Firmenflagge zu gestatten?

André Auderset